

BÜRGERFORUM | SCHWEIZ



Newsletter 17. Februar 2022

Geschätzte Damen und Herren

Ob heute wirklich ein **Freedom-Day** ist, wird sich erst noch erweisen! Dass der Bundesrat die unnütze öffentliche Maskenpflicht im ÖV nicht per heute aufgehoben hat, lässt vermuten, dass der Ausstieg aus dem Coronaregime noch nicht wirklich vollzogen werden soll. In unseren Nachbarländern stehen die Zeichen nach wie vor auf Sturm:

- **Diktator Draghi** hat 500'000 ungeimpften Menschen die Lebensgrundlage entzogen und sie aus der Gesellschaft ausgeschlossen.
- Unter **Diktator Macron** soll es zu ersten Toten an Coronademos gekommen sein.
- **Kanzler Nehammer** signalisiert in Österreich Vernunft, verlagert diese aber auf den 5. März. Bis dahin fließt noch viel Wasser die Donau runter! Nehammer und das Parlament können die Schraube ohne weiteres noch anziehen und den Impfzwang durchsetzen.
- **Kanzler Scholz** setzt unverblümt auf Impfpflicht ab 18 Jahren im Herbst 2022.

Wird unser "tapferer und souveräner Bundesrat" dem zu erwartenden Druck der EU standhalten, oder wird die Regierung wie so oft einknicken und erneut mitmachen bei der internationalen Coronapanik?

Der Schweizer Coronawiderstand muss hochaktiv bleiben, um Regierung und Parteien weiterhin unter Druck zu setzen. Erst mit den nächsten anstehenden Schritten kann der Bundesrat beweisen, dass er es mit einem Ausstieg aus dem Coronawahn ernstmeint.

Folgende substanziellen Forderungen stehen im Raum:

1. Bundesrat und Bundesversammlung sollen baldmöglichst ihre Bereitschaft für eine **radikale Aufarbeitung der Coronapolitik** bekanntgeben. Eine solche Aufarbeitung darf keinesfalls durch die Verursacher der schädigenden

Coronapolitik geleitet werden. Schon im April 2020 (!) hat die Bundesversammlung eine nationale GPK damit beauftragt, die Hintergründe der Coronapolitik auszuleuchten. Seit bald zwei Jahren ist also kein einziger Buchstabe einer substantziellen Kritik an die Öffentlichkeit gelangt. Am 2. Mai 2020 ersuchte das Bürgerforum Schweiz alle National- und Ständeräte um die Einrichtung einer nationalen PUK. Kein (!) Mitglied der Bundesversammlung hat auf den persönlich zugesandten Brief reagiert. Inzwischen fordert auch die SVP eine PUK. Da das Parlament seine Oberaufsicht über die Arbeit in diesen zwei Coronajahren derart vernachlässigt hat, ist diese Forderung inzwischen obsolet. Der mehrheitlich opportunistischen Bundesversammlung ist nicht zuzutrauen, dass sie die Defizite und Schädigungen der Coronapolitik radikal untersucht, die Schuldigen benennt und zur Verantwortung zieht. Es ist somit am ehesten die Aufgabe der Widerstands-Organisationen, eine "Wahrheitsfindungs-Kommission" einzurichten, welche gemäss Öffentlichkeitsprinzip vorgeht und als potenzieller Kläger auftritt, wenn Strafbestände entdeckt werden. Auch ein juristisches, durch Anwälte des Widerstands besetztes Gremium, wäre eine Option.

2. Der Bundesrat hat es seit Januar 2020 unterlassen, einen **"umfassenden, fairen "Öffentlichen Diskurs"** zu lancieren. Die kontroverse Diskussion existenziell wichtiger Themen wurde durch Alain Berset & Co. kalt verweigert. Zum grossen Schaden des Volkes! So wurden a) der massiv eingeschränkte Nutzen von PCR-Test und Maske, b) die kolossalen Schäden des Lockdowns und der Maskenpflicht für Kinder und Jugendliche, c) die Risiken der mRNA-Impfung d) die endlose falschen Zahlen aus dem BAG u.v.a.m. vor den Augen des Volkes (unter Einschluss oppositioneller Experten) niemals ernsthaft diskutiert, sodass danach Optimierungen erfolgt wären!! Der Bundesrat hat es in der Hand, die ausgeblendeten Themen nun per sofort im öffentlichen Ring diskutieren zu lassen. Die Medien SRF und Ringier fressen der Regierung ja aus der Hand. Das sollte also kein Problem sein!
3. Der Bundesrat hat durch seine Politik sehr viele **Kinder und Jugendliche in Depression und Suizidalität** gestossen. Informationen dazu wurden längst publiziert (siehe Artikel (https://shoutout.wix.com/so/a9Ny73LNw/c?w=f8E0_76yfhZ6g1RILe8kcduoJPdxGIFbnxO2oXnrh2M.eyJ1ljoiaHR0cHM6Ly93d3cuYnVlcmdlcmZvcnVtLXNjaHdlaXouY29tL3Bvc3QvcHN5Y2hpc2NoLWtyYW5rZS1raW5kZXItZHVyY2gtY29yb25hcG9saXRpaylslInliOilxMmU3ZWEyYi0wMzQ1LTRIMTUtYjRhYi04NTk4NTUxYTg1YTQiLCJtIjoibWFpbF9scCIsImMiOil4OGYzNjRkYi02YmNkLTQ3YzQtOTY4ZS1mMTUzYjYxZmY2ZWlifQ)). Die Regierung muss nun schnell Farbe bekennen, sich entschuldigen und Abhilfe schaffen zu Gunsten von Kindern und Jugendlichen, die keine Plätze in der Psychiatrie finden!
4. Der Bundesrat soll gegenüber den Nachbarstaaten und der EU proaktiv die **freiheitlichen und humanitären Schweizer Positionen** angesichts der sich

ausbreitenden Coronadiktaturen vertreten. Totalitäres Verhalten anderer Regierungen soll durch unseren Aussenminister, den aktuellen Bundespräsidenten Ignazio Cassis, angemahnt werden! Zudem soll sich die Schweiz öffentlich klar und deutlich als Destination für Impflüchtlinge anbieten. (Mehr dazu im Blogbeitrag (<https://shoutout.wix.com/so/a9Ny73LNw/c?w=a9OukhhzSFyQrXQyUPJAnzWvvTc6Wg-yKA1luaMjkZ0.eyJ1ljoiaHR0cHM6Ly93d3cuYnVlcmdlcmZvcnVtLXNjaHdlaXouY29tL3Bvc3Qva29sbGF0ZXJhbHRvdGUtZHVyY2gtY29yb25hcG9saXRpaylsluIiOilxMmU3ZWEyYi0wMzQ1LTRIMTUtYjRhYi04NTk4NTUxYTg1YTQiLCJtIjoibWFpbF9scCIsImMiOil4OGYzNjRkYi02YmNkLTQ3YzQtOTY4ZS1mMTUzYjYxZmY2ZWlifQ>)).

5. Die **Auflösung der Taskforce** ist auf den 31. März anberaumt. Der Bundesrat soll das Datum auf den 28. Februar verkürzen und sich dafür einsetzen, dass auch die Arbeit der Taskforce Gegenstand der öffentlichen Aufarbeitung wird.

Ein hochaktiver, fokussierter und effizienter Widerstand ist Gebot der Stunde! Wir bitten Sie darum freundlich, sich der Kundgebung von übermorgen Samstag in Zürich anzuschliessen. Nachfolgend finden Sie den Flyer der Organisatorin des Anlasses und die Medienmitteilung, welches das **Aktionsbündnis Urkantone** gestern 16.02.22 verschickt hat.

Es freut uns überaus, dass auch das Bürgerforum Schweiz wieder als mittragende Organisation aufgeboden wurde!

Wir fordern den Tag der Freiheit – die Abschaffung aller Corona-Massnahmen!



ab 13:00 Besammlung
14:00 Marsch durch Oerlikon
16:00 Kundgebung
Trychler begleiten den Umzug

Redner
Werden noch bekanntgegeben.

Bitte benutzen Sie möglichst ÖV.
Parkhäuser sind vorhanden.



Aktionsbündnis Urkantone
für eine vernünftige Corona-Politik

BEWILLIGT!

www.ur-kantone.ch
info@ur-kantone.ch



Medienmitteilung Aktionsbündnis Urkantone

16.02.2022

Das Aktionsbündnis Urkantone fordert 1. die sofortige Aufhebung der

verbliebenen Maskenpflicht und des Notstandes; 2. Massnahmen, damit es nie wieder zu einer Gesundheitsdiktatur kommen kann; 3. eine Generalamnestie

Das Aktionsbündnis begrüsst die heutige Aufhebung der meisten Corona-Massnahmen, hält jedoch fest, dass dieser Schritt viel zu spät erfolgt und es überdies für die Verhängung der Massnahmen von Anfang an keine Rechtfertigung gegeben hat. Wir fordern:

- Die sofortige Aufhebung auch der verbliebenen Maskenpflicht, die nur aus politisch-psychologischen Gründen verlängert wurde. Das ist besonders stossend, weil die Maske das demütigende Symbol der Unterjochung des freien Bürgers ist.
- Die sofortige Beendigung des Notstandes («besondere Lage»), der offensichtlich nicht vorliegt, und die sofortige Auflösung der Task Force.

Es darf nie wieder eine Gesundheitsdiktatur geben! Deshalb fordern wir:

- Das Zertifikat muss ausser Kraft gesetzt werden, zusammen mit dem gesamten Covid-19-Gesetz (mit Ausnahme von Entschädigungszahlungen).
- Die sofortige Einstellung der Covid-App.
- Das Epidemien-gesetz muss so geändert werden, dass die Ausrufung eines Notstandes nur bei schweren Seuchen und nicht mehr bei grippeähnlichen Atemwegserkrankungen möglich ist.
- Die Abhängigkeit von der WHO ist sofort zu beenden, weil diese politisch gesteuert ist und zu 80% vom amerikanischen Grosskonzernen finanziert wird. Die von der WHO geänderte Definition der Pandemie muss wieder rückgängig gemacht werden und darf wie früher nur schwere Seuchen umfassen.

Solange diese Punkte nicht umgesetzt sind, kann jederzeit wieder eine Pandemie aus dem Hut gezaubert und der Notstand wieder eingeführt werden.

Des weiteren fordern wir, dass die vergangenen zwei Jahre Corona-Politik untersucht und die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden. Für alle Strafen, die wegen Verstosses gegen Corona-Massnahmen verhängt wurden, ist eine auch nachträglich wirksame Generalamnestie vorzusehen. Nationale Kundgebung am 19. Februar in Zürich Oerlikon unter dem Motto: Für die Aufhebung aller Massnahmen! Nie wieder Gesundheits-Diktatur!

Am kommenden Samstag 19. Februar veranstaltet das Aktionsbündnis Urkantone mit Unterstützung von 27 weiteren Organisationen aus der Bürgerrechtsbewegung eine Kundgebung in Zürich Oerlikon. Folgende Personen werden auftreten:

- Josef Ender, Aktionsbündnis Urkantone
- Ein entlassener Polizist
- Simone Machado, Stadträtin Bern (Grün alternative Partei), Freie Linke Schweiz
- Linard Bardill, Liedermacher, Autor
- Philipp Kruse, Juristenkomitee, Rechtsanwalt
- Michelle Cailler, Freunde der Verfassung Romandie
- Siegfried Hettegger, Aktionsbündnis Urkantone
- Marty McKay, Musiker, Künstler

Aktionsbündnis Urkantone

Josef Ender, Sprecher

Kornamtsweg 8, 8046
Zürich, Schweiz
(<https://shoutout.wix.com>)

Auf Social Media teilen



(htt

ps://

Erstellt mit

sho

utou

t.wix

(htt

.co ps://

m sho

/so/ utou

a9N t.wix

y73 .co

LNw m

/c? /so/

Website besuchen →

(<https://shoutout.wix.com>)

Ascend entdecken (https://www.wix.com/ascend/home?utm_campaign=vir_promote_em_footer_wixads&referralInfo=SO_LP)